



Ulli Nissen
Mitglied des Deutschen Bundestages

Ulli Nissen, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030 227 – 77147
Fax: 030 227 – 76148
E-Mail: ulli.nissen@bundestag.de
Internet: www.ulli-nissen.de

Wahlkreisbüro
Fischerfeldstr. 7-11
60311 Frankfurt

Tel.: 069 299888 - 610
Fax: 069 299888 - 612
E-Mail: ulli.nissen.ma02@bundestag.de

21. Februar 2019

Erklärung nach §31 GO BT
von Ulli Nissen, MdB

Persönliche Erklärung der Abgeordneten Ulli Nissen zur Abstimmung zum TOP ZP
am 21. Februar 2019 zum CDU/CSU und SPD-Entwurf eines Gesetzes zur
Verbesserung der Information über einen Schwangerschaftsabbruch

Heute entscheidet der Deutsche Bundestag über ein Gesetz, das den § 219a Strafgesetzbuch ergänzt und den § 13 Schwangerschaftskonfliktgesetz ändert.

Laut Gesetzentwurf dürfen Ärzt*innen, Krankenhäuser oder Einrichtungen zukünftig öffentlich ohne Risiko der Strafverfolgung darüber informieren, dass sie Schwangerschaftsabbrüche durchführen.

Außerdem wird es bei der Bundesärztekammer eine zentral erstellte Liste - nach vorheriger Zustimmung - von Ärzt*innen, Krankenhäusern und Einrichtungen geben, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen. Dort wird auch über die jeweils angewendeten Methoden zur Durchführung eines Schwangerschaftsabbruchs informiert.

Zu diesen Informationen können die Ärzt*innen; Krankenhäuser oder Einrichtungen auf ihrer Homepage einen Link setzen – so dass sich die Frauen schnell genauer informieren können.

Das ist eine Verbesserung für die Betroffenen im Vergleich zum Ist-Zustand.

Ich werde dem Kompromissvorschlag zur Veränderung des Gesetzes im Deutschen Bundestag zustimmen, obwohl ich mir weitergehende Informationsfreiheit durch den Gesetzentwurf gewünscht hätte.

Die Qualität der medizinischen Versorgung von Frauen muss im Falle von Schwangerschaftsabbrüchen gewährleistet sein. Die medizinische Ausbildung muss auch die Schwangerschaftsabbrüche miteinbeziehen. Deshalb werden wir Maßnahmen ergreifen, die zu einer Fortentwicklung der Qualifizierung in diesem Bereich beitragen.

Ich begrüße, dass die Kosten für die Pille – jetzt zwei Jahre länger – bis zum Alter von 22 Jahren von der Krankenkasse übernommen werden.

Außerdem werde ich mich dafür einsetzen, dass die Abtreibungsgegner*innen in ihrem Tätigkeitsfeld eingeschränkt werden. Wir wollen unter anderem erreichen, dass Schutzzonen vor Mahnwachen um Arztpraxen und Beratungsstellen eingerichtet werden.

Ich habe selbst mehrfach an Kundgebungen für Pro Familia in Frankfurt teilgenommen.

Mir ist die Entscheidung für die Zustimmung nicht leicht gefallen. Es gibt viele Dinge, die ich noch im Rahmen der Großen Koalition umsetzen möchte. Unter anderem stehen deutliche Verbesserungen beim Wohngeld, beim BAföG oder beim Mietrecht an.

Mit diesen Maßnahmen kann ich direkt die Lebenssituation der Menschen verbessern. Nach dieser Abwägung habe ich mich für ein Ja entschieden, obwohl ich die Streichung des § 219a für die bessere Lösung gehalten hätte.

Leider kann man sich in einer Koalition nicht in allen Bereichen durchsetzen.



21. Februar 2019

Ulli Nissen, MdB